

Das Recht der Europäischen Union und seine Durchsetzung in den Mitgliedstaaten

Themenliste

Grundlagen

- 1) Die supranationale Hoheitsgewalt der Europäischen Union
(Staatliche, substaatliche und supranationale öffentl. Gewalt; Rechtsetzung als Ausübung öffentl. Gewalt; Begründung der supran. öffentl. Gewalt, insbes. innerstaatliche Bindungsanordnung ["Rechtsanwendungsbefehl"]; Einheitlichkeit, Eigenständigkeit und autonome Ausübung der supran. öff. Gewalt)
- 2) Die Rechtsordnung der Europäischen Union
(EU-Recht als eigenständige Rechtsordnung; EU-Recht und Völkerrecht; EU-Recht und sonstiges Europarecht; existentielle Abhängigkeit von den Mitgliedstaaten und Autonomie gegenüber dem Recht der Mitgliedstaaten; Einheitlichkeit des EU-Rechts; Unionsrecht und Gemeinschaftsrecht)
- 3) Der Vorrang des Unionsrechts
(Notwendigkeit im supranationalen Integrationsverband; rechtliche Herleitung nach dem geltenden Recht und Verankerung im Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes; rechtstheoretische Einordnung und Wirkungsweise; Vorrang des Unionsrechts und nationales Verfassungsrecht)

Rechtsquellen und Rechtsetzung

- 4) Das Primärrecht der Europäischen Union
(Insbes. Gründungsverträge und allgemeine Rechtsgrundsätze; normhierarchischer Vorrang innerhalb des Unionsrechts; unmittelbare innerstaatliche Anwendbarkeit; Verfassungscharakter?; der Entwurf eines Verfassungsvertrages für die Europäische Union)
- 5) Das Sekundärrecht der Europäischen Union
(Die einzelnen Sekundärrechtsquellen - insbes. Verordnung und Richtlinie - und ihre Besonderheiten nach dem geltenden Recht; insbes.: unmittelbare innerstaatliche Anwendbarkeit)
- 6) Die Verfahren der Rechtsetzung in der Europäischen Union
(Nach dem geltenden Recht)
- 7) Rechtsquellen und Rechtsetzung nach dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konventes
(Das neue System der Rechtsakte und die Neuordnung der Gesetzgebungsverfahren nach dem Verfassungsentwurf)

Vollzug und Durchsetzung

- 8) Der Vollzug des Rechts der Europäischen Union durch die Mitgliedstaaten
(Grundsätzliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten; Vollzugspflicht aus dem Grundsatz der Gemeinschaftstreue; Vollzug nach Maßgabe des nationalen Rechts; gemeinschaftsrechtliche Anforderungen; "Europäisierung des Verwaltungsrechts")
- 9) (Insbesondere:) Die Umsetzung von Richtlinien in innerstaatliches Recht
(Gemeinschaftsrechtliche Anforderungen, insbes. keine Umsetzung durch Verwaltungsvorschriften oder Verwaltungspraxis; Verpflichtung zur richtlinienkonformen Auslegung nationalen Rechts; Vorwirkung von Richtlinien etc.)
- 10) Der Vollzug des Rechts der Europäischen Union durch eigene Institutionen
- 11) Die Durchsetzung des Rechts der Europäischen Union durch die Gerichte der Mitgliedstaaten
(Klagemöglichkeiten gegen innerstaatl. Maßnahmen mit Bezug zum EU-Recht; vorläufiger Rechtsschutz zur Durchsetzung des Unionsrechts; begrenzte Möglichkeiten des innerstaatl. Rechtsschutzes gegen primärrechtswidrige Sekundärrechtsakte etc.)
- 12) Die Durchsetzung des Rechts der Europäischen Union durch den Europäischen Gerichtshof
(Stellung und Aufgaben des EuGH; Klagearten vor dem EuGH; vorläufiger Rechtsschutz durch den EuGH; Wirkung und Vollstreckung von Entscheidungen des EuGH; allg. methodische Ansätze des EuGH, insbes. Argumentationsfigur des "effet utile")
- 13) Die Staatshaftung wegen Verletzung des Rechts der Europäischen Union

Besondere Krisenlagen

- 14) Sanktionsmöglichkeiten gegen Mitgliedstaaten bei fortdauernden Verstößen gegen Recht der Europäischen Union
(Bei Verstößen nach Verurteilung durch EuGH; Zwangsgeld und Pauschalbetrag nach Art. 228 II EGV; Ausschluß von Mitgliedstaaten als letztes Mittel zur Wahrung des Rechts etc.)
- 15) Konflikte zwischen Europäischem Gerichtshof und nationaler Verfassungsgerichtsbarkeit
("Kooperationsverhältnis" und Letztverantwortlichkeit für den Grundrechtsschutz; Letztentscheidung über die Wahrung der Kompetenzordnung der Union etc.)
- 16) Die Sicherung der gemeinsamen Grundwerte in der Europäischen Union
(Grundwerte- und Homogenitätsklausel des Art. 6 I EUV; Sanktionen gegen schwerwiegende Verletzungen nach Art. 7 EUV, 309 EGV, 204 EAGV; Ausschluß von Mitgliedstaaten als letztes Mittel zur Wahrung der gemeinsamen Grundwertebasis der Union)

Termine: Mo., 18.00 - 20.00 Uhr, VG 210 (ab 3. Mai); ein großer Teil des Seminars findet als Blockveranstaltung am 18./19. Juni statt.

Auch nach der Vorbesprechung am 17.03. sind *noch Themen frei. Eigene Themenvorschläge sind möglich.* Es werden insgesamt nicht mehr als 14 Themen vergeben.

Diese Themenliste ist in Raum 126/127 im Juridicum oder unter www.jura.uni-goettingen.de/Schmitz erhältlich. Anmeldung in VG 208, Tel. 39-46.37, E-mail tschmit1@gwdg.de.